

BW-Auswertung zur DIHK-Umfrage

Beurteilung der deutschen Standortfaktoren durch Unternehmen aus Baden-Württemberg im Vergleich zu Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet





Einleitung

Baden-Württemberg hält eine herausragende Stellung als Industrieregion in Deutschland und Europa. Besondere Kennzeichen Baden-Württembergs sind dabei die mittelständische Struktur und weit verzweigte und tiefe Wertschöpfungsketten.

Industriepolitischer Rahmen

Seit der Finanzkrise 2009/2010 hatte eine Renaissance der Wertschätzung der "Realwirtschaft" eingesetzt. In der Folge hatte die Europäische Kommission in 2014 Schwerpunkte einer europäischen Industriepolitik in einer Mitteilung veröffentlicht. Im Jahr 2020 legte die Europäische Kommission dann eine neue Strategie vor, mit der sie die europäische Industrie beim Übergang zu Klimaneutralität und Digitalisierung umfassend unterstützen will. Im Mai 2021 wurde diese Strategie aktualisiert, um die Lehren aus der COVID-19-Krise zu berücksichtigen.

Im Sommer 2021 hatte eine deutliche Marktverknappung beim Erdgas die Preise steigen lassen. Bei vielen Betrieben sind diese Preissteigerungen ab Herbst 2021 teilweise schon empfindlich wahrgenommen worden. Seit Februar 2022 hatte sich mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die Situation weiter fundamental verändert und Transformationsprozesse nicht nur im Energiesektor beschleunigt. Die hohen Preise bremsten die Industrieproduktion – vor allem in energieintensiven Bereichen. Der Kaufkraftverlust hinterließ auch Spuren im privaten Konsum.

Unter dem Titel "Industriepolitik in der Zeitenwende: Industriestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschaftssicherheit stärken" hat Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck im Oktober 2023 die neue Industriestrategie des BMWK vorgestellt. Die Klimaschutzverträge bilden darin ein zentrales Instrument für die klimaneutrale Erneuerung der Industrie. Deutschland als starken Industriestandort zu erhalten, bildet das klare Leitbild der Industriestrategie. Ziel ist es, die Branche in ihrer ganzen Vielfalt gegenüber zentralen Herausforderungen wie der geopolitischen Zeitenwende, vernachlässigten Standortfaktoren und der klimaneutralen Transformation zu stärken. Die Strategie benennt die dafür relevanten Handlungsfelder und identifiziert konkrete Handlungsbedarfe.

Landesspezifische Entwicklungen

Um Schlüsseltechnologien nach Baden-Württemberg zu holen und die Position des Landes im nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu stärken, hat die Landesregierung im Mai 2022 Eckpunkte einer Ansiedlungsstrategie für Unternehmen vorgestellt. Ansiedlungsvorhaben werden danach mit oberster Priorität behandelt. Die Ansiedlungsstrategie fokussiert sich deshalb zum einen auf in- und ausländische Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen und neuen technologischen Entwicklungen wie beispielsweise aus den Bereichen Green Tech, Industrie 4.0, Quantentechnologie, Bioinformatik oder Gesundheitswirtschaft. Zum anderen sollen gleichzeitig die heimischen Unternehmen unterstützt werden, wenn es um Standorterweiterungen geht.

In Baden-Württemberg bestehen rund 50.000 Industriebetriebe¹, die zusammen rund 1,2 Mio. Personen beschäftigen. Dies entspricht einem Anteil 24 % an allen Erwerbstätigen. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung beträgt 31 % (zum Vergleich in Deutschland: 20 %), einschließlich der industrienahen Dienstleister steigt dieser Anteil auf 40-45 %. Die Exportquote liegt bei 60 %.

Über 80 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) leistet in Baden-Württemberg die Wirtschaft (25,0 Mrd. Euro in 2021²). Deren FuE-Stärke basiert in erster Linie auf den FuE-intensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, wie beispielsweise Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Die Industrie entwickelt innovative Technologien und effiziente Verfahren und trägt damit auch immer stärker zur Lösung von Umweltproblemen und zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Sie ist somit Antreiber und Impulsgeber unserer Wirtschaft.

¹ <u>Wirtschaftsbereiche: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (badenwuerttemberg.de), Industrie in Baden-Württemberg - Ausgabe 2024 (statistik-bw.de)</u>

² Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland nach Bundesländern (statistik-bw.de)

Beurteilung der Standortfaktoren

Standortfaktor	Deutschland	Baden- Württemberg
Vernetzung von Forschung/Hochschulen mit	3 (2,9)	3 (2,8)
Unternehmen	3 (2,3)	3 (2,8)
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen /	3 (3,0)	3 (3,0)
Dienstleistern vor Ort	3 (3,0)	3 (3,0)
Rechtssicherheit	3 (3,1)	3 (2,9)
Qualifikation von Fachkräften	3 (3,2)	3 (3,1)
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen	3 - (3,3)	4+ (3,6)
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen	3 - (3,4)	3 - (3,4)
Energieversorgungssicherheit	3 - (3,4)	3 - (3,4)
Image der Industrie in der Gesellschaft	4+ (3,5)	3- (3,4)
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten	4+ (3,5)	3- (3,4)
Verfügbarkeit von Rohstoffen	4+ (3,5)	4+ (3,5)
Verkehrsinfrastruktur	4+ (3,6)	4 (3,8)
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien	4+ (3,7)	4+ (3,6)
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/	4 (4,0)	A (2.0)
Außenhandelsförderung	4 (4,0)	4 (3,9)
Umweltschutzauflagen	4 (4,1)	4 (4,2)
Breitbandanbindung/Verfügbarkeit digitaler	A (4.1)	A (A A)
Infrastruktur	4 (4,1)	4 - (4,4)
Verfügbarkeit von Fachkräften	4 (4,2)	4 (4,2)
Einhaltung zus. Rechtvorschriften ggü. Ausländischen		
Mitbewerbern (z. B.	4- (4,3)	4- (4,3)
Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)		
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten	4- (4,3)	4 - (4,4)
Höhe der Steuern und Abgaben	5+ (4,7)	5+ (4,7)
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)	5 (4,8)	5 (4,9)
Dauer und Komplexität von Planungs- und	5 (4,9)	5 (4,9)
Genehmigungsverfahren	5 (4,9)	5 (4,9)
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)	5 (5,0)	5 (5,0)
Energiekosten/Höhe der Energiekosten	5 (5,0)	5 (5,0)
Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen	5 (5,2)	5 (5,2)
Durchschnitt	4 (4,0)	4 (3,9)

Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung	5 (4,8)	5 (4,8)
Bewertung der Wirtschaftspolitik der (jeweiligen)		4 (2.0)
Landesregierung		4 (3,9)

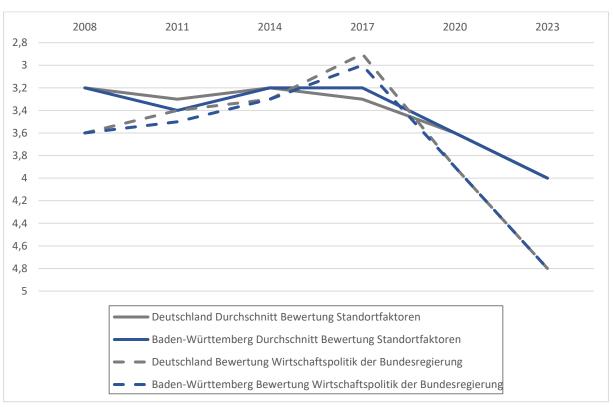
Bewertung der Standortfaktoren <u>Deutschlands</u> mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, auf einer Skala von eins "klarer Wettbewerbsvorteil" bis sechs "nicht wettbewerbsfähig", nach Regionen sowie Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bzw. der jeweils eigenen Landesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland, Ergebnisse in Schulnoten³, auf einer Skala von eins "sehr gut" bis sechs "ungenügend", nach Regionen

³Notenschlüssel: 1,5 bis 1,7 = 2 + 1,8 bis 2,2 = 2 2,3 bis 2,4 = 2 - 2 übrige Noten analog

Der Durchschnitt der Bewertungen über alle Standortfaktoren aus Sicht der Unternehmen aus Baden-Württemberg ist ausreichend (Note 3,9). Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erhält mit der Note 4,8 eine mangelhafte Bewertung. Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird mit 3,9 besser gesehen. Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung durch die Unternehmen aus Deutschland gesamt ist mit 4,8 in 2023 um eine ganze Note schlechter als mit 3,9 in 2020. Der Durchschnitt der Bewertungen der einzelnen Standortfaktoren liegt wie in Baden-Württemberg bei 4,0.

Wie in den Vorjahren fällt auf, dass die Bewertungen der einzelnen Standortfaktoren durch die Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu denen aus Baden-Württemberg nah beieinander liegen. Schlechter als im Bundesschnitt sehen die baden-württembergischen Betriebe die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen (BW: 3,6; D: 3,3), die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur (BW 4,4; D: 4,1) und die Verkehrsinfrastruktur (BW: 3,8; D: 3,6). Besser sehen die hiesigen Betriebe die Rechtssicherheit (BW: 2,9; D: 3,1).⁴

Beurteilung der Standortfaktoren im zeitlichen Verlauf



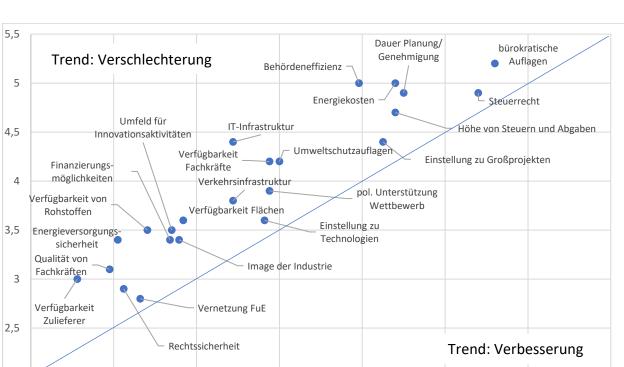
Durchschnitte der Bewertungen der Standortfaktoren <u>Deutschlands</u> mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, auf einer Skala von eins "klarer Wettbewerbsvorteil" bis sechs "nicht wettbewerbsfähig", sowie Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland, in zeitlichem Verlauf

⁴ Kleinere Unterschiede im Bereich von 0,1 werden hier nicht weiter betrachtet.

Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erlebt sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland erneut einen deutlichen Einbruch gegenüber der vorhergehenden Umfrage. Der positive Trend der Jahre 2008 bis 2017 wurde dabei mehr als überkompensiert. Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der baden-württembergischen Landesregierung sackte ebenfalls ab von 2,9 in 2017 auf 3,9 in 2023.

Der aktuelle Durchschnitt der Bewertungen der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zeigt den schlechtesten Wert seit der ersten Umfrage in 2008. Auch die Durchschnitte der Bewertungen im zeitlichen Verlauf seit 2008 zeigen sowohl bei den Unternehmen aus Baden-Württemberg als auch in Deutschland insgesamt einen negativen Trend.

Die DIHK kommt in ihrer Bewertung zu folgendem Schluss: "Der Standort Deutschland verliert für die Industrie und ihre Partnerbranchen rapide an Attraktivität. Die Folge ist, dass notwendige Investitionen unterbleiben oder an anderen Standorten getätigt werden. Das kann sich unser Land nicht leisten, wenn wir es mit der Zukunft der Industrie am Standort Deutschland und deren Transformation in Richtung Digitalisierung und Dekarbonisierung ernst meinen. Die Unternehmen zeigen aktuell wenig Zuversicht, dass die Bundespolitik zu einer spürbaren Verbesserung der Rahmenbedingungen beiträgt."



Baden-Württembergische Bewertung der Standortfaktoren im zeitlichen Verlauf im Detail:

Bewertung der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich durch die Unternehmen in Baden-Württemberg, Darstellung des Trends (Durchschnitt der Bewertungen der Vorjahre⁵ im Vergleich zur aktuellen Bewertung), Ergebnisse in Schulnoten

4,0

4,5

5,0

5,5

3,5

2

2,5

3,0

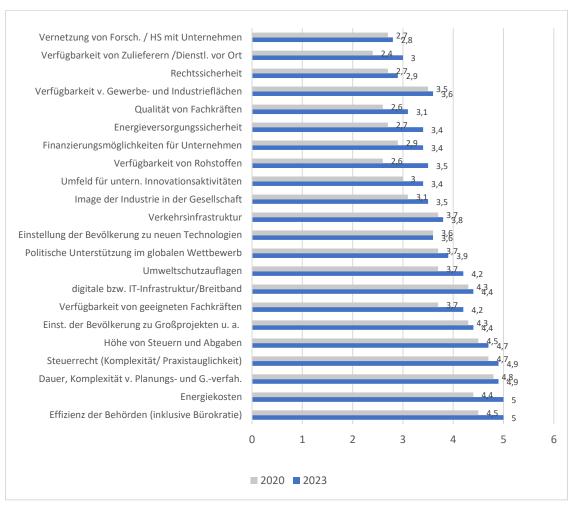
Im Vergleich zu den fünf Vorgänger-Umfragen werden in 2023 alle Standortfaktoren in Baden-Württemberg im Trend schlechter beurteilt. Keiner der Standortfaktoren hat sich in Baden-Württemberg gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre verbessern können oder ist gleich geblieben.

Deutlicher Verlierer ist die digitale bzw. IT-Infrastruktur, die 2008 noch einen TOP-Wert von 2,3 erreichte und in 2023 nur noch mit 4,4 bewertet wird.

In Baden-Württemberg ebenfalls deutlicher verloren haben gegenüber den Vorjahren die Standortfaktoren Effizienz der Behörden (inkl. Bürokratie), Energieversorgungssicherheit, Verfügbarkeit von Fachkräften, Verfügbarkeit von Rohstoffen sowie Energiekosten.

⁵ Nicht alle Standortfaktoren wurden in allen Jahren abgefragt. Zuletzt aufgenommen wurde der Standortfaktor Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen. Er wurde 2020 erstmals hinzugenommen.

Baden-Württembergische Bewertung der Standortfaktoren im Vergleich 2023 mit der Umfrage von 2020

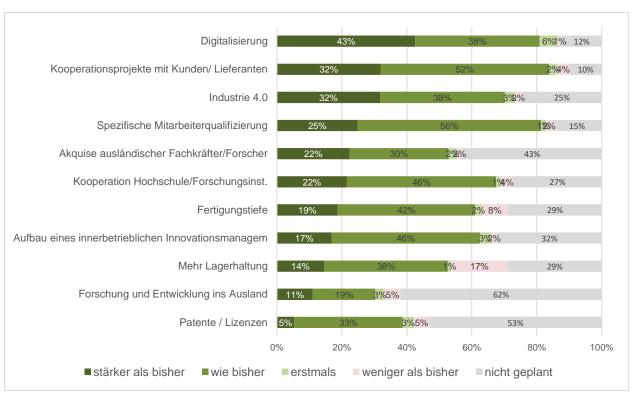


Bewertung der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich durch die Unternehmen in Baden-Württemberg, Vergleich der aktuellen Umfrage 2023 mit 2020, Ergebnisse in Schulnoten

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage werden in 2023 in Baden-Württemberg alle Standortfaktoren schlechter beurteilt als 2020.

Die größten Verlierer gegenüber der Vorjahresumfrage sind die Verfügbarkeit von Rohstoffen (- 0,9 Notenpunkte), Energieversorgungssicherheit und Qualität von Fachkräften (beide -0,7 Notenpunkte).

Aktivitäten der Unternehmen



Angaben der Unternehmen, welche Aktivitäten sie in den kommenden 12 Monaten planen, um innovativer und wettbewerbsfähiger zu werden. Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

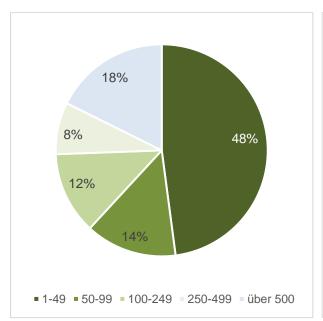
Die Unternehmen ergreifen viele Maßnahmen stärker als bisher, um innovativer und wettbewerbsfähiger zu werden. Auf den ersten Plätzen finden sich Maßnahmen zur Digitalisierung und zu Industrie 4.0. Weiter finden sich Kooperationen und die Mitarbeiterqualifikation ganz vorn.

43% der Unternehmen planen, die Digitalisierung stärker als bisher voranzutreiben. 32% der Unternehmen planen, Industrie 4.0-Initiativen stärker als bisher zu verfolgen. Dies unterstreicht die Relevanz der Digitalisierung und Automatisierung in der Produktion. Kooperationen spielen eine wichtige Rolle, 84 % der Befragten sind hier wie bisher oder stärker als bisher aktiv.

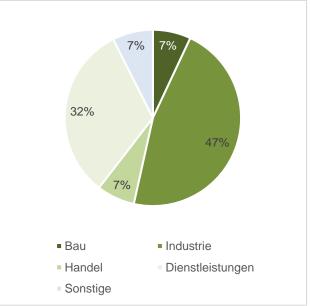
Die Befragung

Die Industrie- und Handelskammern in Deutschland befragten vom 10.07. bis 08.09.2023 Industrieunternehmen und industrienahe Dienstleister schriftlich nach ihren Einschätzungen zu den Standortfaktoren des Industriestandortes Deutschland und den Handlungsanforderungen an die Politik. Deutschlandweit haben insgesamt 2.272 Unternehmen an der Befragung teilgenommen, in Baden-Württemberg waren es 215, das entspricht einem Anteil von 9,5 %.

Während die Vorgänger-Umfrage das Stimmungsbild vor Corona wiedergab, ist die Neuauflage geprägt von den Erfahrungen mit Corona und des Krieges Russlands gegen die Ukraine.



Angaben befragter Unternehmen aus Baden-Württemberg zu ihrer Betriebsgröße in Prozent



Angaben befragter Unternehmen aus Baden-Württemberg zu ihrer Branchenzugehörigkeit in Prozent

Rund drei Viertel der antwortenden Unternehmen aus Baden-Württemberg sind kleine und mittelständische Betriebe (bis 249 Beschäftigte). Bei den Branchen stellt die Industrie die größte Gruppe.

Impressum

Herausgeber:

Baden-Württembergischer IHK-Tag Federführung Industrie c/o Industrie- und Handelskammer Karlsruhe Lammstraße 13-17 76133 Karlsruhe

C 0721 174-265

Iinda.jeromin@karlsruhe.ihk.de

www.karlsruhe.ihk.de

Ansprechpartner:

Linda Jeromin

Stand: Juli 2024

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.